

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt



Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptpostamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten
Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich Man & Co. m. b. H. in Bischofswerda. Fernspr. Nr. 22

Verkaufsweg: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag.
Bezugspreis: für die Zeit vom 2. Febr. bis 15. Febr.: frei ins Haus vierzehntägig Mk. 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsabnehmer und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postfach-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeindeverbandsgirokassa Bischofswerda Konto Nr. 84.**
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verdrückungsanstaltungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorforderung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Goldmark): Die 43 mm breite einpaltige Grundzeile 20 Pfg., örtliche Anzeigen 15 Pfg., die 80 mm breite Reklamazeile (im Textteil) 50 Pfg. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Briefkurs vom Tag der Rechnung, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif. Für Sammelanzeigen tarifm. Ausschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 29.

Mittwoch, den 4. Februar 1925.

80. Jahrgang

Tageschau.

* Die Reichsregierung stellt gegenüber den Anwürfen der Linken fest, daß der Anstoß zu den Ruhrrentschädigungen bereits zur Zeit der großen Koalition von Vertretern der Linksparteien gegeben wurden. Die Kredite wurden von den sozialdemokratischen Ministern gebilligt.

Von sämtlichen am Tarifvertrag mit der Reichsbahn beteiligten Organisationen ist zum 1. März das Lohnabkommen für die Eisenbahnarbeiter gefündigt worden.

Die französische Kammer hat der Befestigung der französischen Botschaft beim Vatikan mit 314 gegen 250 Stimmen zugestimmt.

Zu den mit bezeichneten Meldungen finden die Leser ausführlicheres an anderer Stelle.

Die Diskussion beginnt.

Der englische Außenminister Chamberlain hat nunmehr ebenfalls Erklärungen über die Sicherheitsfrage abgegeben, nachdem sich bereits der französische Ministerpräsident Herriot und der deutsche Reichkanzler Dr. Luther nacheinander über diese Frage geäußert hatten. Damit ist die öffentliche Diskussion über dieses zur Zeit im Vordergrund aller Zukunftsaufgaben stehende Problem eröffnet worden. Von alliierter Seite wird begreiflicherweise in allererster Linie immer nur von der Sicherheit Frankreichs gesprochen. Chamberlain hat dem französischen Ministerpräsidenten gewissermaßen Sekundantendienste geleistet, als er erklärte, daß Frankreich das Recht habe, vor einer Wiederholung des schweren Schicksals geschützt zu werden, von dem es vor zehn Jahren betroffen wurde. Für Herriot mag dieser Befund des englischen Außenministers von größter Wichtigkeit sein, aber allzu große Bedeutung wird man deutscherseits den Erklärungen Chamberlains nicht beimessen können, da er mit einer auffallenden Zurückhaltung von dem Sicherheitsproblem genommen hat. Es scheint, daß England das größte Interesse daran hat, Deutschland und Frankreich an den Verhandlungstisch zu bringen, aber die englische Politik ist weit davon entfernt, die Diskussion soweit zu fördern, daß sich etwa daraus eine direkte deutsch-französische Verständigung ergeben könnte. Dementsprechend hat man, wie unser Berliner Vertreter meldet, in Berliner außenpolitischen Kreisen den Eindruck, daß die englische Regierung sich absichtlich zurückhält, um ihre bereits fertig vorliegenden Pläne dann im entscheidenden Augenblick in die Waagschale zu werfen. Bekanntlich wünscht die englische Regierung nicht, daß das Genfer Protokoll in seiner gegenwärtigen Form allzu sehr die Diskussion beherrscht und würde es lieber sehen, wenn ein gegenseitiger Vertrag der Mächte abgeschlossen wird, der eine weitere Erörterung der Genfer Abmachungen letzten Endes überflüssig machen dürfte.

Die englische konservative Presse kündigt an, daß es voraussichtlich noch in dieser Woche zu einem englischen Schritt in der Sicherheitsfrage kommen werde. Dem Londoner Kabinett liegt bereits ein in festen Umrissen abgefaßter Plan vor, der von dem Unterausschuß des Reichsverteidigungsausschusses ausgeht, das zur Prüfung des Genfer Protokolls eingesetzt worden war. Es handelte sich dabei um einen Pakt der europäischen Westmächte, der im allgemeinen unschädlicher sei als die Genfer Protokolle. Weiterhin sprechen die englischen Blätter noch immer von einem Plan Dr. Luthers, der zur Erörterung kommen werde. Frankreich habe allerdings wenig Neigung, mit Deutschland allein in Erörterungen einzutreten, sondern ziehe eine allgemeine Konferenz zu, der auch die anderen Alliierten hinzugezogen würden, vor.

Wertwürdigerweise ist es die liberale englische Presse, die den Gedanken des deutschen Reichkanzlers Luther zum ersten Male aufgreift und offen die Tatsache auspricht, daß Deutschland ebenfalls und vielleicht mehr als Frankreich, Garantien für den Frieden notwendig habe. Die „Westminster Gazette“ betont sogar, daß in Deutschland alle Revolutionen verschwinden würden, sobald dem Deutschen Reich entsprechende Garantien gegeben würden.

Aus den sehr eifrigen Erörterungen der englischen Presse geht hervor, daß die Sicherheitsfrage gegenwärtig vollkommen das Interesse der alliierten Regierungen beherrscht. Erstmalig sind jetzt wenigstens diejenigen Stimmen zum Schweigen gebracht worden, die immer wieder davon wissen wollten, daß Deutschland absolut kein Interesse daran habe, ernsthafte Vorschläge zu machen, sondern nur ein bestimmtes Manöver einzuleiten, bezüchtige. Daß die Absichten der deutschen Regierung absolut ernst genommen

werden, geht auch aus den Erörterungen der französischen Presse hervor, die im übrigen die Erklärungen Dr. Luthers ziemlich sympathisch aufgenommen hat. Nur die amerikanische Politik zeigt eine auffallende Zurückhaltung, die aber noch nicht als ein völliges Desinteressement aufgefaßt werden darf, weil man noch nicht übersehen kann, inwieweit die amerikanische Politik, ähnlich wie es vor dem Dawesgutachten der Fall war, bestrebt sein wird, die Lösung der europäischen Probleme zu begünstigen.

Die Reichsregierung über die Ruhrrentschädigung.

Der hervorragende Einfluß der Sozialisten.

Berlin, 2. Februar. Die Reichsregierung hat sich zu den Vorwürfen, die ihr wegen der Gewährung der Ruhrrentschädigungen sehr mit verstärktem Druck der Linken in der Öffentlichkeit gemacht werden, heute mittag in einer kurzen amtlichen Mitteilung geäußert. Diese Mitteilung ist rein formal gehalten und verweist im übrigen auf die Denkschrift über die Ruhrrentschädigungen, die dem Reichstag Ende der Woche zugehen soll. In dieser Denkschrift wird die Reichsregierung nicht nur die Höhe der Zahlungen mitteilen und darlegen, inwieweit die Forderungen der Ruhrindustrie nachgeprüft sind, sie wird sich auch über die politische und etatsrechtliche Grundlage der Entschädigungen äußern.

Die offizielle Feststellung besagt: Der im Herbst 1923 gefasste Entschluß der Reichsregierung, die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet durch die Zustimmung zum Abschluß der Ricumverträge zu ermöglichen, war der Ausdruck des politischen Willens, den Weg der sogenannten Versäufungspolitik gegenüber dem besetzten Gebiet unter keinen Umständen zu beschreiten. Viele Kritiker scheinen heute keine Vorstellung mehr davon zu haben, wie es im Herbst 1923 nach Beendigung des passiven Widerstandes im besetzten Gebiet ausgefallen hat, soweit die Befolgungsmächte die Wiederaufnahme der Arbeit tatsächlich verhindern.

Die notwendige Voraussetzung für den Abschluß der Ricumverträge war die Zustimmung der Reichsregierung, nach erfolgter Ordnung der Reichsfinanzen für die unter dem Ricumsystem von der Industrie geleisteten Beiträge auf Reparationsleistungen des Reiches Ersatz zu leisten. Nur so konnte allmählich Abhilfe geschaffen und äußerster Not von der Bevölkerung abgewandt werden. Die lokale Einlösung dieser damals übernommenen Verpflichtung deckt sich mit der bei der Reichsregierung und der Volksgemeinschaft in gleicher Weise herrschenden Überzeugung, daß die besetzten Gebiete nicht zur Reparationsprovinz für das Reich werden dürfen.

Zu der politischen Vorgeschichte muß über die Mittelung der Reichsregierung hinaus noch bemerkt werden, daß im Herbst 1923 es gerade Vertreter der Sozialdemokratie, der Demokraten und auch des Zentrums sowohl im Wirtschaftsausschuß für die besetzten Gebiete wie auch im Kabinett und im Reichstag waren, die darauf drängten, daß die Regierung eine Entschädigung für die Ricumlieferungen zusage. Der damalige Reichkanzler und Außenminister Dr. Stresemann haben auch in einer Rede in Hagen im Herbst 1923 ausdrücklich auf die Verpflichtungen hingewiesen, die die Reichsregierung gegenüber den Vertretern der Ruhrindustrie übernommen habe. In den späteren Verhandlungen über die Fortsetzung der Ricumverträge ist dann zunächst regelmäßig von der Reichsregierung der Versuch gemacht worden, eine Verlängerung dieser Verträge zu verhindern. Auf Drängen der Linken ist aber bei jeder Verhandlung gegenüber den Vertretern der Ricum wieder nachgegeben worden, stets aber unter der Voraussetzung, daß die neuen, von der Ruhrindustrie übernommenen Lasten, vom Reich entschädigt würden. Bei der kritischen Lage der gesamten Ruhrindustrie mußten die Ricumlieferungen zum Teil durch Kredite finanziert werden, die teils aus dem Zustande und später, insbesondere 1924, aus dem Inlande beschafft werden mußten. Diese Kredite waren nur flüssig zu machen, nachdem die Reichsregierung mehrfach ihre Zustimmung auf weitgehendste Entschädigung der Ruhrindustrie wiederholt hatte. Inzwischen hatte dann die Reichsregierung diese Entschädigungen gezahlt und ist auch für die Kredite, die an die Ruhrindustrie gegeben waren, eingetreten.

Politisch ist also der Anstoß zu den Ruhrrentschädigungen nicht etwa vom Kabinett Marx oder gar von der linken Reichsregierung, sondern von Vertretern der Linksparteien zur Zeit der großen Koalition gegeben worden. Die ganze Angelegenheit war auch bis in

ihre letzten Einzelheiten hinein der sozialistischen Partei sehr langem bekannt und ist zum Gegenstand öffentlicher Erörterungen erst gemacht worden, als sich insbesondere für die Sozialdemokratie die Notwendigkeit herausstellte, die wesentliche Erörterung der Barmer-Affäre zu unterbrechen. Ueber die etatsrechtliche Grundlage der Kredite wird sich die Reichsregierung gleichfalls in der Denkschrift jetzt ausführlich äußern, nachdem diplomatische Gründe für die geheime Behandlung der Angelegenheit weggefallen sind.

Die Ruhrkredite von den sozialdemokratischen Ministern mitbewilligt.

Berlin, 3. Februar. (Draht.) Wie in Ergänzung der halbamtlichen Mitteilung über die angeforderte Denkschrift über die Ruhrkredite gemeldet wird, ist die Zustimmung zum dem Vorschlag der Jochen, die Leistungen an die Franzosen und Belgier fortzusetzen, wenn der Wert ihnen gutgeschrieben und nach Ordnung der Reichsfinanzen vergütet wird, von dem gesamten damaligen Reichskabinett mit Einschluß der ihm angehörenden sozialdemokratischen Minister und des preussischen Ministerpräsidenten Braun, der zur Kabinettsitzung hinzugezogen worden war, gegeben worden. Mitentscheidend war ein der Kabinettsitzung vom 20. Oktober 1923 vorliegendes Schreiben des freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbandes, in dem darauf hingewiesen wird, daß ein Verlegen des Reiches bei der Finanzierung der Sachlieferungen zum Bürgerkrieg in Deutschland und zum Chads im Ruhrgebiet führen müsse.

Nach diesen Feststellungen muß man die Unverfrorenheit bewundern, mit der die Sozialdemokratie die Angelegenheit der Ruhrkredite zu einem Standfüßen gestalten wollte.

Die Regierungskrise in Preußen.

Wie die Blätter melden, verliefen ebenso wie die Verhandlungen mit dem Vorsitzenden der Wirtschaftspartei Landendorff auch die heutigen Besprechungen des preussischen Ministerpräsidenten mit den Vertretern der Deutschen Volkspartei über die Beteiligung an der Regierung in Preußen ergebnislos. Beim Zentrum, den Demokraten und den Sozialdemokraten soll die Absicht bestehen, einen Vertreter des Zentrums zum Ministerpräsidenten zu wählen. Es wird in diesem Zusammenhang wiederum der Name Horion genannt, der den Versuch machen soll, die Unterstützung der Wirtschaftspartei für ein unter der Zentrumsführung stehendes Kabinett der Weimarer Koalition zu gewinnen. Eine andere von den Blättern verzeichnete Version geht dahin, daß das Zentrum mit den Demokraten eine Minderheitsregierung bilden sollte, die von Fall zu Fall auf wechselnde Mehrheiten sich stützen würde. Sollten jedoch diese Möglichkeiten scheitern, so bleibt, wie die Blätter hervorheben, nichts anderes als die Auflösung des Landtages übrig.

Weitere Meldungen berichten: Berlin, 3. Februar. (Draht.) Der preussische Ministerpräsident Braun legte gestern den Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Abg. v. Campe, die Frage vor, ob die Fraktion der Deutschen Volkspartei bereit sei, unter seiner Ministerpräsidentenschaft an der Regierung teilzunehmen und ob sie im Falle der Verneinung bereit sei, einem Kabinett der Weimarer Koalition gegenüber eine neutrale Haltung einzunehmen. Dr. v. Campe bezieht die Antwort einer Sitzung der volksparteilichen Fraktion am kommenden Mittwoch vor und verspricht, den Beschluß der Fraktion dem Ministerpräsidenten bis Donnerstag mitzuteilen.

Die preussische Zentrumsfraktion ist wiederum an den Landeshauptmann Horion in Düsseldorf herangefahren wegen Uebernahme der Ministerpräsidentenschaft in Preußen. Horion wird in den nächsten Tagen nach Berlin kommen, um sich mit den Führern der Zentrumsfraktion in Verbindung zu setzen.

Die gefährlichen Dampfkessel.

Der Pariser alliierte Vorkommandant hat entschieden, daß die Lieferung von Kesseln für argentinische Torpedoboote aus der Kruppischen Fabrik den Bergarbeitervertrag verletzen. Deutschland dürfe daher keine Kessel an Argentinien liefern. — Die argentinische Presse bringt zu dieser Entscheidung